Vom Umgang mit Solaranlagen im Geltungsbereich von Denkmalschutzgesetz und Ortsbildsatzung

A. Ortsbildsatzung

- Stammt von 1984(!) und gilt noch immer.
- Verschiedene Ortsbezirke (z. Bsp. Lachen-Speyerdorf) dringen seit Jahren darauf, deren Gültigkeit abzuschaffen.
- Bei Überschneidung der Geltungsbereiche der Ortsbildsatzung und des Denkmalschutzgesetzes (DSchG) wird grundsätzlich dessen Schutzwirkung zugrunde gelegt.
- Bereits seit mehr als 1,5 Jahren werden von der zuständigen Abt. Bauordnung PV- und ST-Anlagen dort auch ohne Genehmigung grundsätzlich zugelassen.
- Dies gilt jedoch nur in den Bereichen, die nicht auch vom DSchG geschützt sind.

B. Denkmalschutzgesetz

- Änderung am Denkmal sind genehmigungspflichtig (§ 13 Abs. 1 DSchG).
- Genehmigungen werden **nur** erteilt, wenn Belange des Denkmalschutzes nicht entgegenstehen **oder** andere Belange/Erfordernisse die des Denkmalschutzes überwiegen **und** jenen nicht auf andere Weise Rechnung getragen werden kann (§ 13 Abs. 2 DSchG).
- Die Genehmigung kann mit Nebenbestimmungen („Auflagen“) versehen werden, um die Eingriffe zu minimieren (ebd.).
- Denkmalzonen werden hier genauso behandelt wie Einzeldenkmale. Ihr Sinn besteht gerade im Schutz erhaltenswerter Ortsbilder und Straßenzüge.
- Es existiert kein Vorrang des öffentlichen Belang des Klimaschutzes vor dem öffentlichen Belang des Denkmalschutzes!

Auszüge aus einer Stellungnahme der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger der Bundesrepublik

- Geprüft und entschieden wird stets nur im Einzelfall. Entscheidend ist, aus welchen Gründen ein Objekt geschützt ist.
- Statistisch gesehen sind nur 2,8 % aller Gebäude Denkmäler. (In Neustadt mögen es 4% sein, schätzt Verf.)
- „Im Unterschied zu den thermischen Anlagen werden die PV-Anlagen aus wirtschaftlichen Gründen meist sehr großflächig ausgeführt, was zu erheblichen Veränderungen an den geschützten Erscheinungsbildern der Denkmäler führt.“
- „Brände an Gebäuden mit PV-Anlagen können aufgrund der Gefahr für die Einsatzkräfte durch Stromschlag nur mit größter Vorsicht eingedämmt werden. Häufig müssen sich die verantwortlichen Brandmeister für ein kontrolliertes Abbrennen der Gebäude entscheiden.“

Empfehlungen für die Praxis

ST-Anlagen können im Einzelfall zugelassen werden, wenn

- Unauffällig (Anbringung / Anzahl der Module)
- Bevorzugt auf Nebengebäuden
- Dienen unmittelbar dem Denkmal, d.h. sind auf die unmittelbare Nähe zum Denkmal angewiesen.

PV-Anlagen können im Einzelfall zugelassen werden, wenn

- Unauffällige Montage, vom öffentlichen Raum nicht einsehbar
- Dient primär dem Kulturdenkmal
- Ordnet sich dem Denkmal unter
- Ist ohne statische Ertüchtigung (Windlasten) zu montieren
- Das Haus liegt nicht innerhalb einer dichten, erhaltenswerten Bebauung (Ortskerne)

Praxisbeispiele

PV-Anlage abgelehnt, Fall beim SRA

PV-Anlage abgelehnt,
bereits 2012 vom SRA
bestätigt

ST-Anlage gestattet

PV-Anlage nach Urteil von
SRA gestattet

PV-Anlage nach
Gerichtsurteil gestattet

ST-Anlage nach Gerichtsurteil von Hauptdach entfernt
auf Dach Nebengebäude versetzt

PV-Anlage
mehrfach
abgelehnt

Fazit

- ST-Anlagen werden nach Einzelfallprüfung nicht selten zugelassen.
- PV-Anlagen werden weit überwiegend nach Einzelfallprüfung nicht zugelassen. Ausnahmen sind:
 - Vom öffentlichen Straßenraum aus uneinsehbar bei Denkmalzonenhäusern, die nicht in engen Ortslagen stehen
 - Keine Veränderung der Dachkonstruktion notwendig
 - Optische Beeinträchtigung des Schutzgutes (meist Denkmalzone) marginal. Allerdings ist hier auch der Wirkung des Präzedenzfalles Rechnung zu tragen.